
634/J XXII. GP

Eingelangt am 09.07.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Petra Bayr und GenossInnen
an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten betreffend einen
beabsichtigten Beitritt Österreichs zu dem Community Development Carbon Fund
(CDCF).

Ab 2005 wird es laut einer neuen EU-Richtlinie möglich sein, die nationalen CO₂-Bilanzen durch Handel mit Emissionszertifikaten zu regulieren. Über den CDCF wird ein Teil des Handelswertes der Zertifikate für kommunale Entwicklungshilfe zweckgebunden. Diese Kleinprojekte, die über den CDCF abgewickelt werden sollen, können sich zu einem wichtigen Bestandteil der österreichischen Entwicklungshilfe entwickeln, die Vorbereitung des Beitritts zum CDCF durch das Umweltministerium ist daher eine mögliche Bereicherung der Facetten der ÖEZA, eine inhaltliche Koordination mit dem Außenministerium scheint höchst angebracht.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten folgende

Anfrage:

1. in welchem Umfang ist geplant, dass Österreich oder österreichische Firmen über den CDCF Zertifikate erwerben?
2. Gibt es schon konkrete Pläne zu oben erwähnten Projekten auf kommunaler Ebene?
3. Ist das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft in Kontakt hinsichtlich inhaltlicher Koordination von solchen Projekten?
4. Wenn nein, warum nicht?
5. Wenn ja, welche Schwerpunktsetzungen können Sie diesbezüglich nennen?
6. Sind Sie über diesbezüglich Projekte anderer Bundesministerien, die in den Wirkungsbereich der EZA spielen, informiert?
7. Plant das Außenministerium bei österreichischen Firmen für diese Art des Zertifikatshandels speziell Werbung zu machen?